

STEIFE BRISE



MITGLIEDERZEITUNG DES SPD-DISTRIKTS EIMSBÜTTEL-SÜD

STÜRMISCHE ZEITEN

Vom Bürgergeld zur neuen Grundsicherung	2
Aus dem Ausschuss Mobilität	5
Unser Stadtdteil – Deine Meinung	6
Ideen zum Grundsatzprogramm	8
Mitmachen	12

Ferien?

In wenigen Tagen beginnen in Hamburg die Schulferien und die Stadt versinkt, wie in jedem Jahr, in einen tiefen Schlaf. Viele Läden bleiben geschlossen. Der Autoverkehr nimmt spürbar ab. Eigentlich die schönste Zeit in Hamburg. Wenn wir im August in unseren Alltag zurückkommen hat in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die heiße Phase des Wahlkampfes begonnen und zur Zeit ist es nicht ausgeschlossen, dass hier eine „in Teilen rechtsradikale Partei“ von einer absoluten Mehrheit der Stimmen gewählt wird. Das wäre in Deutschland eine Zäsur, die in anderen europäischen Ländern und in den USA schon vollzogen wurde.

Eva von Redecker (deren Buch über den neuen Faschismus wir im Lesekreis gelesen haben) sagt, das Staunen über den Erfolg rechter Parteien sei nicht der Anfang des Denkens, wie es Sokrates gesagt hat. Das Staunen über den Erfolg radikal rechter Parteien müssen wir überwinden und wir müssen handeln. Indem wir die Genossinnen und Genossen vor Ort unterstützen!

Euer Ulrich

IMPRESSUM

Redaktion Steife Brise:
Ulrich Lölke
SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

Telefon: 040/ 42 32 87 11
Vertrieb: per Email

Vom Bürgergeld zur neuen Grundsicherung

Der groß angekündigte „Herbst der Reformen“ soll in diesem Sommer nun seine Wirkung entfalten. Lang und breit wurde über eine vermeintlich überfällige Abschaffung des Bürgergeldes debattiert – mal mehr, mal weniger auf Fakten gestützt. Den Sozialstaat könne man sich nicht mehr leisten und großes Einsparpotenzial bestünde gerade bei erwerbslosen Menschen im Bezug vom Bürgergeld. Je konkreter die Reformvorschläge wurden, desto geringer fiel das Einsparpotenzial letztendlich aus. Aus Milliarden wurden Millionen und teils sogar Mehrkosten durch den bürokratischen Aufwand, den eine Reform verursacht. Auf lange Sicht werde sich die Reform aber lohnen. So hieß es jedenfalls aus Berlin.

Leistungsbeziehende der neuen Grundsicherung würden zukünftig noch schneller in Arbeit vermittelt und Grund hierfür sind die verschärften Leistungsminderungen (sogenannte Sanktionen) bei Pflichtverletzungen. Wer Termine mehrfach unentschuldigt versäumt oder Arbeitsangebote ablehnt, begeht eine solche Pflicht-

verletzung. Stufenweise kann zunächst ein Teil der Leistungen einbehalten und bei wiederholten Pflichtverletzungen können die Leistungen sogar komplett eingestellt werden. Ob diese vereinfachten Möglichkeiten, Leistungen zu mindern oder gänzlich einzustellen in der Praxis tatsächlich in großem Stil genutzt wird, bleibt erstmal dahingestellt. In jedem Fall wird die bloße Furcht vor einer Kürzung den Drehtüreffekt verstärken: wer Angst vor einer Sanktion hat, nimmt bereitwilliger ein Stellenangebot an, das gar nicht zu einem passt.

Auf den ersten Blick steigt die Anzahl der Menschen, die in Arbeit vermittelt werden, aber viele werden zurück in den Leistungsbezug geraten. Als vor gerade mal 3,5 Jahren das Bürgergeld eingeführt wurde, wollte man den Menschen im Leistungsbezug auf Augenhöhe begegnen. Dazu gehörte, dass man die Hürden für eine erfolgreiche Integration in Arbeit ernst nehmen wollte. Anders als einem die lautesten Stimmen in den Medien vermitteln wollen, ist Faulheit nicht der Hauptgrund, warum es Menschen auf dem



Arbeitsmarkt schwer haben. Die derzeit steigende Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis eines rasanten Strukturwandels, der sich in wirtschaftlich fragilen Zeiten vollzieht und sich der Arbeitskräftebedarf einzelner Branchen bereits innerhalb von wenigen Jahren drastisch verändert. Wer zu Beginn einer Ausbildung noch gute Übernahmechancen hatte, kann mitunter mit Abschluss der Ausbildung schon wieder bei der Berufsberatung sitzen.

Entsprechend schlecht stehen die Chancen für Menschen ohne Berufsausbildung. Das Angebot an Arbeitsplätzen in Helfertätigkeiten – also in Bereichen, die keine Qualifikation in Form eines Abschlusses erfordern – verringert sich stetig. Zwar ist es grundsätzlich eine schöne Entwicklung, wenn körperlich anstrengende Tätigkeiten durch den technologischen Fortschritt wegfallen. Aber dabei dürfen die

Menschen, die aufgrund dieser Entwicklung ihre Arbeit verlieren nicht auf der Strecke bleiben. Gerade junge Menschen fühlen sich zunehmend perspektivlos und frustriert. Während sich für die Generation ihrer Eltern das Bildungsversprechen einlöst, stehen zunehmend auch junge Akademiker*innen ohne Job da.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass Menschen im Leistungsbezug von ihrem Jobcenter Möglichkeiten zur Orientierung und Qualifizierung bekommen. Bevor eine Qualifizierung in Frage kommt, gibt es häufig weitere Themen, welche die Menschen beschäftigen. Die Anzahl überschuldeter Privatpersonen ist in Deutschland zuletzt wieder gestiegen. Dieser Trend zeigt sich auch bei Menschen im Bürgergeldbezug. Wer Geldsorgen hat, kann sich nicht so gut in einer Umschulung konzentrieren und leidet viel-

leicht zeitgleich an einer psychischen Erkrankung. Diese Nöte müssen adressiert werden, bevor an eine Qualifizierung und im nächsten Schritt an die Aufnahme einer Beschäftigung gedacht werden kann. Wer in einem Haushalt mit pflegebedürftigen Familienmitgliedern oder Kindern lebt, wird ebenfalls Hürden überwinden müssen, bevor man sich weiterbilden kann.

Damit diese Bedarfe erkannt werden können, müssen entsprechende Beratungskapazitäten bei den Mitarbeitenden in den Jobcentern vorhanden sein. Wenn keine Zeit dafür bleibt, können keine passenden Unterstützungsangebote unterbreitet werden. Um Menschen langfristig in auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, braucht es diese Unterstützungsangebote und vor allem Geduld. Denn die Integration in den Arbeitsmarkt ist für viele Menschen im Leistungsbezug ein Marathon und kein Sprint.

Der Wandel vom Bürgergeld zur Neuen Grundsicherung hat, neben vielen technokratischen Detailregelungen, vor allem die Debatten um Arbeitslosigkeit verändert. Die Ursachen geraten in den Hintergrund und dafür wird die Verantwortung auf die

Leistungsbeziehenden verschoben. Sozialleistungsmissbrauch wird als Massendelikt behandelt, auch wenn sich das nicht durch Fakten belegen lässt. Daher wird mit der Neuen Grundsicherung außerdem die Zusammenarbeit mit dem Zoll zur Bekämpfung von Schwarzarbeit gestärkt – genauso wie Debatten zu diesem Thema. Die Misstrauenskultur um das Thema Sozialleistungen im Allgemeinen wird durch die neue Grundsicherung eskaliert. Dabei sollte in einem Sozialstaat nicht den Sozialleistungsempfangenden Misstrauen entgegengebracht werden. Misstrauisch sollten wir werden, wenn der Sozialstaat als Säule unserer Demokratie in Verruf gebracht wird.

Jennifer Oetjen

Aus dem Bezirk: Der Ausschuss Mobilität



Der Ausschuss Mobilität (AM trifft sich jeweils am ersten Mittwoch eines jeden Monats. Unsere Sprecherin ist zur Zeit Armita. Roland ist der souveräne Vorsitzende des Ausschusses. Und ich nehme als Zubeenannter seit Anfang 2025 an den Treffen teil.

Im Ausschuss werden Anträge vor allem vorsortiert. Nach der offenen Fragestunde werden die Anträge der Fraktionen besprochen. In der Fragestunde werden durchaus Themen diskutiert, die von den Fraktionen aufgenommen werden. So z.B. die Beschwerde eines Anwohners der Hoheluftchaussee, Höhe Beiersdorfstraße, dass seine Bewohnerparkzone für ihn ungünstig zugeschnitten sei. Im direkten Umfeld gebe es nur wenige Parkplätze. Und das Generalsviertel jenseits der Gärtnerstraße, das zu seiner Parkzone gehöre, sei ihm zu weit weg. Aktuell wird über eine Erweiterung der Zone über die Hoheluftchaussee hinaus nachgedacht.

In den Anträgen geht es vor allem um die Gestaltung des Verkehrsraumes, also um Ampeln (Ampelfigur), sichere Überwege (Wrangelstraße/Gärtnerstraße sowie Querung Hoheluftchaussee/Hoheluftbrücke), (Auto-)Verkehrsberuhigungen (Rel-

linger Straße, Schulcluster) und natürlich als großer Aufreger, um den Parkraum (für Autos, aber seit neuestem auch für E-Roller). Und hier klingt schon das zweite große Thema der Anträge an: Die Vermittlung zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern (Fuß, Rad, Auto). Aufgrund sich verändernder Mobilitätsentscheidungen (es wird mehr Fahrrad gefahren) besteht die Notwendigkeit den Verkehrsraum neu aufzuteilen. Das Auto verliert zugunsten von Fußgänger und Radfahrer. Für viele Autofahrer*innen ein traumatisches Erleben, das viel Fingerspitzengefühl verlangt und auch vom Senat durch das Parkplatzmatorium flankiert wird.

Beschlossene Anträge werden in die Bezirksversammlung eingebracht und dort verabschiedet. Aber der AM ist natürlich darüber hinaus ein Gremium der Expertise. Wir werden regelmäßig von der Verwaltung über die anstehenden Baumaßnahmen und ihre Koordinierung informiert, der LBV präsentiert seine Bilanz und die geplante Entwicklungen des Bewohnerparkens und wir diskutieren auf dem jährlich stattfindenden Forum Mobilität die Novelle der StVO.

Ulrich Lölke

Unser Stadtteil – Deine Meinung

„SPD und Prioritäten ... der war echt gut“ (Andreas S., nebenan.de, 2026). Nur einer der vielen Kommentare, die man unter einem Post zu unserer Umfrage auf der Seite NebenAn.de findet. Dafür sagen wir Danke! Der Algorithmus belohnt Interaktion und der Beitrag erreicht so mehr Menschen. Bereits über 300 Menschen haben sich an unserer Umfrage mit dem Titel „Unser Stadtteil – Deine Meinung“ beteiligt und uns einen Einblick in Ihre Prioritäten gegeben. Fahrrad, Auto oder zu Fuß? Neubauten oder Grünflächen? Mehr ÖPNV oder mehr Parkplätze? Zu diesen und weiteren Fragen haben sich viele Eimsbüttler*innen geäußert und hinterließen auch zahlreiche Kommentare.

Im Dezember 2025 kam der Gedanke auf, eine Umfrage zu erstellen. Wer kann uns besser sagen, welche Themen die Menschen bewegen, als die Menschen selbst? Um möglichst viele Menschen zu befragen, musste die Umfrage kurz und einfach sein. Maximal ein paar Minuten, mehr Zeit haben die meisten Menschen nicht, um Umfragen auszufüllen. Durchgeführt

haben wir die Umfrage daher mit dem Online-Tool „Lime Survey“. Per QR-Code oder Link konnte man auf die Umfrage zugreifen und diese ausfüllen. Aber auch ohne Online-Tool konnte man teilnehmen. An mehreren Infoständen war es möglich, die Umfrage auch vor Ort zu beantworten, ganz unkompliziert. Neben der Werbung für die Umfrage konnten wir Präsenz im Stadtteil zeigen und erfahren, ob unsere Themenschwerpunkte bei den Menschen ankommen. Wir haben bewusst auf lokale Themen des Bezirks gesetzt, da diese den Alltag der Menschen direkt beeinflussen. Gleichzeitig haben wir genau bei diesen Themen die Möglichkeit, mitzugestalten. Der Weg zur Bezirksversammlung ist deutlich kürzer als zum Bundestag.

Unser Konzept ist aufgegangen. Mehr als 300 Menschen haben sich beteiligt und haben uns mehr als 40 Kommentare hinterlassen. Was nun? Natürlich kann man sich über statistische Signifikanz streiten, aber scheinbar haben wir einen Nerv getroffen. „Mehr Präsenz zeigen und mit den Leuten reden“ erhielten wir als Antwort

auf die Frage, was man sich von der SPD Eimsbüttel-Süd vor Ort wünscht. Genau hier liegt der Wert so einer Umfrage. Wir müssen wieder ein Gespür für die Sorgen der Menschen entwickeln und regelmäßig auf der Straße präsent sein. Wir haben die Umfrage mit mehreren Infoständen beworben und dabei Gespräche mit vielen Menschen geführt. „Sich mal wieder klar zu positionieren“, wünscht sich da ein älterer Herr und eine junge Frau wünscht sich „mehr Engagement für junge Menschen“. Das können wir als SPD leisten, ist doch Solidarität mit jeder und jedem im Kern der Sozialdemokratie verankert. **Sozial** und **demokratisch** sind die Stichwörter, die man von uns erwartet!

Das bedeutet aber auch, dass wir uns etwas trauen müssen. Wenn es möglich ist für Olympia große Energien freizusetzen, muss das doch erst recht bei den Alltags-sorgen möglich sein. Zu hohe Mieten, die Angst vor Verdrängung oder weitere Baustellen in der eigenen Straße bewegen die Menschen. Hier müssen wir soziale Konzepte erarbeiten und konkrete Maß-



nahmen anbieten, also unsere Prioritäten setzen. Wir müssen Andreas S. antworten können: Wir haben klare Prioritäten!

Bevor wir diese nach außen tragen können, müssen wir sie aber erst einmal für uns selbst festlegen. Unser Anspruch muss nicht sein, allen zu gefallen. Demokratie lebt vom Widerspruch und das muss bei uns selbst beginnen. Am **30. Juni** möchten wir euch die Ergebnisse der Umfrage präsentieren und darüber diskutieren, was unsere Prioritäten sind. Kommt vorbei und diskutiert gemeinsam mit uns. Wir freuen uns auf euch.

Dominik Homann für das Umfrage-Team

Ideen zum Grundsatzprogramm der SPD

Dies ist der Widerspruch unserer Zeit: Dass wir alles unter dem Gesichtspunkt von Kosten, Nutzen und Konkurrenz bewerten und beurteilen, wo es tatsächlich um Bedürfnisse geht.

Die auf den Prinzipien von Gleichheit, Solidarität und Freiheit fussende Gesellschaft ist unsere Verpflichtung. Der Markt ist der Ort, an dem diese Bedürfnisse befriedigt werden können. Er hat sich der Gesellschaft unterzuordnen und nicht umgekehrt.

Die Ideale unserer Gesellschaft müssen in ein neues Verhältnis gebracht werden: **Solidarität, Gleichheit und Freiheit.**

Solidarität: Als Menschen sind wir auf die Solidarität anderer (existenziell) angewiesen. Aus anthropologischer Sicht sind wir soziale Wesen und keine Einzelwesen. Das gilt sowohl in temporaler, physischer wie psychischer Hinsicht. Dabei stützen wir uns auf das, was vorangegangene Generationen geschaffen haben, im Positiven (Theorien, Wissen, Infrastruktur, Institu-

tionen), wie im Negativen (Klimawandel, Konflikte). Physisch können wir ohne die Solidarität und Zuwendung anderer in unseren ersten Lebensjahren nicht überleben. Aber auch später sind wir von anderen abhängig: Eltern, Verwandte, Freunde, Mitmenschen. Von ihnen erhalten wir Bestätigung, Zuspruch und Unterstützung, mit ihrer Hilfe entwickeln wir uns zu eigenständigen Persönlichkeiten und wirken so wiederum auf andere Menschen. Neoklassische Theorien denken den Menschen hingegen nur als Einzelwesen. Sie haben keinen differenzierten Begriff von Gesellschaft. Es wird immer deutlicher, dass die Ausprägung dieser Vereinzelung uns ins Verderben stürzen wird. Daher muss der Wert der Gemeinschaft wieder in den Mittelpunkt rücken. Dabei ist die Herkunft weniger ausschlaggebend als der Beitrag den jede und jeder zum Funktionieren einer Gemeinschaft bereit ist beizusteuern. Das beginnt im kleinen, wie der Hausgemeinschaft, der Nachbarschaft, dem Stadtteil, dem Verein und weitet sich in den Betrieb, der Kommune und dem Land

bis in die supranationale Ebene (Geopolitik) aus. Eine resiliente Gesellschaft ist eine vielfach vernetzte Gesellschaft, keine Gesellschaft nur von Individuen.

Gleichheit: Damit ist eine relative und keine absolute Gleichheit gemeint. Letztere kann es nicht geben und sie wäre auch nicht wünschenswert. Unterschiede können motivieren und inspirieren. Die Ungleichheit darf aber ein bestimmtes Maß nicht überschreiten um Folgen für die ganze Gesellschaft zu vermeiden. Die derzeitige Vermögens-, Einkommens- und damit auch Chancenungleichheit lehnen wir ab. Sie ist zutiefst ungerecht und destruktiv.

Freiheit: Freiheit ist eine Grundstütze unserer Gesellschaft. Sie wird aber zunehmend nur wirtschaftlich gedacht. Die Freiheit des Marktes, der Marktakteure, oder wie es Marx und Engels formuliert haben: die Reduzierung aller Werte auf die bare Zahlung. In den Hintergrund getreten ist hingegen die Freiheit, die in die Solidarität eingebettet ist und diese umfängt. Es ist sichtbar geworden, dass eine Freiheit, die sich nur auf das wirtschaftliche Handeln bezieht, einer Gesellschaft Schaden zufügt. Aus diesem Grund müssen die Werte der Gleichheit und Solidarität neu ausgeleuchtet und betont werden. Sie sind kein Anhängsel der Freiheit, sondern de-



Deckblatt des Godesberger Programms von 1959. Mit diesem Grundsatzprogramm, das das Heidelberger Programm von 1925 ablöste, kam der Wandel der SPD von einer sozialistischen Arbeiterpartei hin zu einer Volkspartei zum Ausdruck.

ren Voraussetzung. Dabei haben liberale Anliegen, Gleichheit, Rede- und Pressefreiheit, Freiheit der Wissenschaft und der Künste, Rechtssicherheit und weitere Werte ihre Berechtigung und müssen geschützt werden.

Wirtschaft: Unser Wirtschaftsmodell, basierend auf Export, Industrieproduktion, tarifliche Konfliktregulierung und der Nutzung fossiler Rohstoffe zur Energiegewinnung, ist spürbar in der Krise und muss neu gedacht werden. Wir sind als Partei der Arbeit weiterhin an einem starken Industriesektor interessiert. Dieser muss aber anders ausgerichtet werden und den Bedürfnisse der Beschäftigten ebenso gerecht werden, wie dem Klimaschutz. Es geht um die Entwicklung von Produkten, die im Inland und europäischen Ausland nachgefragt sind und die mit regenerativ erzeugter Energie hergestellt werden. Dafür bedarf es einer anderen Steuerung wirtschaftlicher Entscheidungen. Die Orientierung an einem auf Konkurrenz ausgerichteten kapitalistischen Weltmarkt generiert Vorteile für wenige und Nachteile für viele.

Vermögen ist in Deutschland falsch und ungerecht verteilt. Während das reichste Prozent der Besitzenden einen stetigen Gewinnzuwachs verzeichnen, werden die unteren 50 Prozent der Gesellschaft abgehängt, ihre Lage wird zusehens prekärer. Dies führt zwangsläufig zu sozialen Spannungen. Daher benötigen wir für Überrei-

che eine andere Form der Besteuerung. Wir setzen uns dafür ein, dass sehr reiche Privatpersonen eine Mindeststeuer von zwei Prozent auf ihr Vermögen bezahlen. Diese Regelung muss europaweit, besser weltweit eingeführt werden. Da wir aber nicht auf die Prozesse in anderen Ländern warten können, setzen wir uns dafür ein, diese Regelung auf nationaler Ebene einzuführen. Dabei schützt uns das Außensteuergesetz gegen eine Kapital- und Steuerflucht. Dies werden wir im Rahmen der erwartbaren Diskussionen von Seiten libertärer und neoklassischer Akteure immer wieder betonen. Als Staat sind wir, entgegen aller öffentlicher Anwürfe, nicht hilflos!

Staatsaufbau: Deutschland ist laut Grundgesetz als ein demokratischer und sozialer Bundesstaat organisiert. Die drei Ebenen – Kommune, Land, Bund – sind gesetzgeberisch wie auch finanziell eng miteinander verwoben. Es besteht ein Geflecht aus Zuständigkeiten, die oft nur noch von Expertinnen durchschaut und im Detail verstanden werden. Dieser Aufbau bedarf einer generellen Überprüfung. Aus unserer Sicht liegt ein Teil der Probleme darin begründet, dass die aus-

führenden Stellen, also die Orte, an denen die Bürgerin Kontakt mit staatlichen bzw. halbstaatlichen Einrichtungen hat, mit der Umsetzung der Bundesgesetzgebung betraut ist, diese aber in aller Regel nicht mit den entsprechenden Mittelausstattungen verbunden sind bzw. verbunden werden. Dadurch entsteht der Eindruck eines defizitären und maroden Staates. Die Länder und vor allem die Kommunen müssen einen Anteil am Steueraufkommen erhalten, der es ihnen ermöglicht, ihren vom Bund übertragenen Aufgaben gerecht zu werden. Kommunen, die über ein geringes Steueraufkommen verfügen, müssen durch Umschichtung entsprechende Mittel zufließen. Dieses Instrument kennen wir aus dem Länderfinanzausgleich, ein ähnliches Instrument müssen wir für die Kommunen entwickeln. Zunächst innerhalb der Bundesländer, dann aber bei Bedarf auch darüber hinaus. Auch hier ist der Leitgedanke die Solidarität und die Gleichheit der Kommunen untereinander, abhängig von Bevölkerungszahl und sozialer Zusammensetzung, also Bedarfen.

Gemeinwohl: Der Mensch ist von Natur aus ein soziales Wesen, daher kann er nur in einer wohlgeordneten Gemeinschaft ein

gutes Leben führen. Das Wohl des Einzelnen und das Wohl der Gemeinschaft sind daher konstitutiv aufeinander bezogen.

Verteilung und die Zukunft der Arbeit: Maschinelles Lernen [KI] verändert aktuell fast alle Arbeitsbereiche. Viele Unternehmen reduzieren ihre Stellen für Berufseinsteiger, weil Arbeitsbereiche auch in hoch qualifizierten Bereichen von Maschinen übernommen werden. Vergleichbar mit der Verteilungsdebatte in den 1970er Jahren im Zuge der Automatisierung der Industriearbeit müssen wir uns dafür einsetzen, dass die erwirtschafteten Überschüsse verteilt werden und nicht alleine in die Kassen der Techunternehmen in den USA abfließen. Maschinelles Lernen eröffnet uns riesige Möglichkeiten. Aber es gefährdet auch unsere Sozialsysteme, wenn einer Generation von Berufseinsteigern versicherungspflichtige Beschäftigungen verwehrt werden.

Thomas Fritz

MITMACHEN

TERMINE

Mitgliederversammlung

Thema Stadtteillumfrage

Dienstag, 30.6.2026, 19:00 Uhr

Kreishaus

Organisationswahlen

SPD Frauen Eimsbüttel

Mittwoch, 1.7.2026, 19:00 Uhr

Kreishaus

Infostand/Spendenaktion

Jugendhilfezentrum Eimsbüttel

Sonntag, 5.7.2026, 12-18 Uhr

Grindelberg/Kaiser-Friedrich-Ufer

Vorstand

Organisatorisches, Berichte aus Bürger-
schaft und Bezirk

Dienstag, 7.7.2026, 19:00 Uhr

Kreishaus

Kinderfest

gemeinsam mit Altona-Nord

Sonntag, 23.8.2026

LINKS

Aktuelles aus der Bezirksversammlung

[https://spd-fraktion-eimsbuettel.de/
aktuelles/](https://spd-fraktion-eimsbuettel.de/aktuelles/)

Alle Termine im Überblick

[https://spdeimsbuettel.de/aktuelles/
termine-veranstaltungen/](https://spdeimsbuettel.de/aktuelles/termine-veranstaltungen/)

KONTAKT

Meldet Euch gerne mit Fragen und Anregungen bei uns:

Instagram: [@spdeimsbuettelsued](#)

Kristin Biesenbender

Distriktvorsitzende

kristin.biesenbender@web.de

Ulrich Lölke

Redaktion Steife Brise

u.loelke@hamburg.de

Fabian Schilling

Mitgliederbeauftragter

fabianschilling@hotmail.de

Larissa Oppermann und Maximilian Keiff

Vorsitzende Juso-Gruppe ENS

Instagram: [@jusos.eimsbush](#)

E-Mail: [jusoseimsbuettelnordsued@
gmail.com](mailto:jusoseimsbuettelnordsued@gmail.com)